

## **86. Sitzung**

Potsdam, Donnerstag, 14. Mai 2009

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

### **Personal den realen Anforderungen anpassen - Personalabbau bei der Polizei stoppen!**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/7564

Der Abgeordnete Dr. Scharfenberg spricht für die Linksfraktion.

#### **Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag musste sich in den vergangenen Jahren wiederholt mit der schwierigen Situation in der brandenburgischen Polizei beschäftigen. Mehrere Anträge der Linken, aber vor allem die realen Probleme im Lande boten die Veranlassung dafür. Ich sage einmal für uns: Dieses Thema ist uns wahrhaftig nicht auf den Leib geschrieben, aber wenn die Probleme so stehen, wie sie stehen, dann muss sie auch jemand zum Ausdruck bringen. Heute unternehmen wir einen weiteren Versuch, vielleicht doch noch in dieser Wahlperiode eine Verbesserung zu erreichen.

Wer hätte nach der Übernahme des Innenressorts durch die CDU im Jahre 1999 gedacht, dass sich eine solche Entwicklung vollziehen würde? Herr Schönbohm hat damals noch darauf gedrängt, keine Personalkürzungen bei der Polizei zuzulassen. Zehn Jahre später müssen wir feststellen, dass die Reduzierung der Polizei um fast ein Fünftel zum Teil schon umgesetzt bzw. vonseiten der Koalition beschlossene Sache ist.

Mit der Polizeistrukturereform im Jahr 2002 wurde gegen großen Protest festgelegt, 725 Stellen einzusparen. Darüber hinaus, so hieß es damals im Brustton der Überzeugung, werde es keine weiteren Streichungen geben. Das galt jedoch nicht lange. Inzwischen sind mehr als 1 000 weitere Stellen auf der Streichungsliste, die bis 2012 umgesetzt werden soll.

Im Zusammenhang mit der Polizeistrukturereform wurde auch gesagt, dass die Anzahl der Polizeiwachen nicht reduziert werden könne, weil das vorhandene Netz gebraucht werde. Wie wir sehen können, war auch diese klare Aussage nicht von langem Bestand. Die Wachen in Beeskow, Jüterbog, Potsdam-Nord und Cottbus sind bereits geschlossen. Weitere Schließungen in Zossen und Nauen stehen noch in diesem Jahr an, wobei auch hier nicht sicher ist, wo die tatsächliche Auffanglinie ist. - Begründung dafür ist das jetzt

fehlende Personal, das mittelfristig zur Schließung von 20 Wachen führen kann.

Parallel dazu ist auch die Zahl der Revierpolizisten als ein ganz konkreter Teil bürgernaher Polizeiarbeit ausgedünnt worden. Ursprünglich hatte Herr Schönbohm versprochen, dass die Zahl der Revierpolizisten um 200 erhöht werden soll. Dann waren es nur 50 mehr, und mittlerweile müssen wir feststellen, dass die Zahl der Revierpolizisten reduziert worden ist, und zwar um mehr als die Hälfte dessen, um die sie im Zusammenhang mit der Polizeireform erhöht worden ist.

(Widerspruch bei Minister Schönbohm)

- Das alles haben Sie mir aufgrund von Kleinen Anfragen übermittelt, Herr Minister.

Von der Zielstellung der Polizeireform, mehr Grün auf die Straße zu bringen, sind wir immer weiter entfernt.

Nun sollte man denken, dass ein solcher Abbau vielleicht damit verbunden sein könnte, die Bedingungen für die personell reduzierte Polizei insgesamt zu verbessern. Aber auch das ist nicht der Fall; denn die brandenburgischen Polizeibeamten gehören im Vergleich zu denen anderer Bundesländer zu den am schlechtesten bezahlten; die Zahlen liegen vor.

In ihrer laufenden Protestaktion macht die GdP auch auf den relativ hohen Altersdurchschnitt - der Finanzminister hat kein Geld, wie er gerade gesagt hat - und einen hohen durchschnittlichen Krankenstand von immerhin 30 Kalendertagen im Jahr aufmerksam.

Kritisiert werden der ausgeprägte Reformeifer des Ministeriums mit einer Vielzahl von Projektgruppen, das Beurteilungssystem, die unbefriedigende Beförderungssituation und einiges mehr. Wir sind uns wohl darüber einig, dass das so nicht weitergehen kann.

Ich wünschte mir eigentlich, dass unser Antrag zum Anlass genommen würde, darüber zu reden und auch ein paar Entscheidungen zu treffen. Deswegen habe ich ehrlich gesagt auch darauf gehofft, dass sich die Koalition - oder zumindest die SPD - vielleicht ein paar Gedanken darüber macht. Man kann ja zum Beispiel einen Entschließungsantrag zu einem solchen Thema einbringen. Aber leider ist so etwas ausgeblieben.

(Zurufe von der SPD)

Sie alle konnten im Vorfeld der Landtagssitzung und auch am gestrigen Tage die gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Kenntnis nehmen. Fazit: Die Stimmung in der Polizei ist mies. Das kann und darf nicht so bleiben; denn die Auswirkungen des Personalabbaus sind bereits jetzt konkret für alle spürbar. Noch vor wenigen Jahren schien es so zu sein, dass der Rückgang bei den Straftaten unaufhaltsam sei und dass die Aufklärungsquote kontinuierlich verbessert werde. Dieser Prozess ist bemerkenswert gewesen. Wir müssen aber jetzt auch feststellen, dass er gestoppt ist und dass vor allem der enorme Rückgang bei der Aufklärungsquote durch die gegebenen Erklärungsmuster keinesfalls gedeckt ist. Ich wiederhole: Die weggefallene Grenzkriminalität mit einer hohen Aufklärungsquote kann nicht dazu beigetragen haben, dass die Aufklärungsquote zum Beispiel in der Landeshauptstadt um immerhin 7 % gesunken ist; denn hier gibt es keine Grenzkriminalität. Dieses Argument des Innenministers für den Rückgang der Aufklärungsquote greift also nicht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch Folgendes deutlich machen: Es ist sozusagen Selbstverständnis des Ministeriums, dass die Effektivität polizeilicher Arbeit insbesondere durch Kriminalitätshäufigkeitszahlen, die Aufklärungsquote, den Rückgang der Anzahl der Unfälle mit Personenschäden erklärt wird. Das muss dann auch in diesem Zusammenhang hier gelten, und man kann jetzt nicht sagen, die Aufklärungsquote sei eigentlich gar nicht so wichtig.

Vielmehr liegt auf der Hand, dass der Personalabbau Folgen hat, die letztlich auch der einzelne Bürger zu spüren bekommt. Der von Ihnen nachdrücklich betriebene Kurs der Verschärfung des Polizeigesetzes durch ständig neue Eingriffsrechte der Polizei führt in die Sackgasse, aber nicht zu einer spürbaren Verbesserung der öffentlichen Sicherheit.

Meine Damen und Herren, wir haben schon mehrere Anläufe unternommen, um eine Korrektur insbesondere beim geplanten Personalabbau zu erreichen. Natürlich müssen auch wir akzeptieren, dass aufgrund der absehbaren Haushaltsentwicklung Zwänge vorhanden sind, denen man sich nicht entziehen kann. Wir meinen aber, dass die jetzigen Planungen eine bürgernahe, wirksame Polizeiarbeit gefährden. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag, dass der geplante Personalabbau kritisch überprüft und zu den realen Anforderungen der öffentlichen Sicherheit - das sind mehr als „die Zwänge des Haushalts“ - ins Verhältnis gesetzt wird. Herr Minister, wenn es tatsächlich zu einem Dialog mit der Polizei und mit den Gewerkschaften kommen soll, dann funktioniert das nur, wenn sich die Landesregierung ein Stück bewegt und auf die andere Seite zugeht. Bis jetzt erkenne ich aber nur eine sture Verteidigung des Weges des Personalabbaus. Dabei darf es nicht bleiben. - Danke schön.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

**Präsident Fritsch:**

Die Abgeordnete Stark spricht für die SPD-Fraktion.

**Frau Stark (SPD): \***

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Demonstrationen der GdP gestern hier vor dem Landtag, aber auch zahlreiche Gespräche, die wir als Abgeordnete dieses Landtags in den vergangenen Tagen und Wochen mit den Polizeibehörden vor Ort geführt haben, haben unter anderem Folgendes sehr deutlich gemacht: Die Lage bei der brandenburgischen Polizei ist angespannt. Ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir deren Sorgen sehr ernst nehmen. Es ist nicht so, wie der Kollege Scharfenberg gerade darzustellen versucht hat, dass sich dies alles um die Frage Personalabbau ranke. Die Polizisten nehmen sehr deutlich wahr, dass wir insgesamt auf dem Wege der Haushaltskonsolidierung sind und dass auch das Innenressort dabei nicht ausgespart werden kann.

Der einhellige Tenor, den in der vergangenen Woche auch alle Vertreter der Berufsvertretungen im Rahmen einer Anhörung bei der SPD-Landtagsfraktion zum Ausdruck gebracht haben, ist, dass es vordergründig eben auch um Fragen der derzeitigen inneren Organisation der brandenburgischen Polizei geht. Fazit unseres Gesprächs war, dass in Sachen Beförderung, Beurteilung und Besoldung in der brandenburgischen Polizei Gesprächsbedarf besteht.

Zur Beförderungssituation ist uns gesagt worden - das ist von allen Polizeigewerkschaften beklagt worden -, dass der immense Beförderungsstau, der sich in vielen Jahren in diesem Bereich aufgebaut hat, so nicht länger akzeptiert werden kann. Derzeit befinden sich ca. 2 000 beförderungsfähige Beamte zum Teil schon seit vielen Jahren im Eingangsamt, A 9, wobei ihre Stellen aber mit A 11 bewertet sind. Sie machen so ihren Dienst, und viele von ihnen gehen unter Umständen ohne Beförderung in den Ruhestand. Natürlich ist es richtig, dass es keinen Rechtsanspruch auf Beförderung gibt. Aber es gibt einen Anspruch - dafür stehen wir als SPD auch hier - auf eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Beförderungsmittel. Da ist der Innenminister natürlich auch in der Pflicht, das über alle Gehaltsgruppen hinweg sicherzustellen und das vor allem auch so zu kommunizieren - ich habe gerade vorhin Zahlen dazu zur Kenntnis bekommen, wie solche Beförderungen stattgefunden haben -, dass es bei den Leuten vor Ort ankommt. Im Zusammenhang mit der unzureichenden Beförderungssituation ist darauf hinzuweisen, dass der Unterschied zwischen den Beamten und den Angestellten, diese 1,4 %, nur relativ schwer nachvollziehbar ist und dass das für die Beamten in diesem Bereich auch nicht motivierend ist.

Ich möchte noch ein Problem benennen, das sich aus meiner Sicht relativ leicht abstellen lassen dürfte. Demotivierend ist nämlich auch die ganze Frage der Beurteilungspraxis. Es herrscht Unverständnis darüber, dass bei ca. 8 000 Beamten jährlich eine Beurteilung vorgenommen werden muss, die sehr bürokratisch und sehr aufwendig ist, und dass durchschnittlich nur 400 Beamte befördert werden können. Ich plädiere aus praktischen Gründen dafür, anlassbezogene Beurteilungen vorzunehmen,

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

wenn jemand befördert oder versetzt werden soll und auf diesen großen Schub von 8 000 Beurteilungen zu verzichten, die was weiß ich wofür verwendet werden.

Ich sage noch einmal: Die Kollegen sind unzufrieden. Es sind nicht nur einige Gewerkschafter, die ihre Rolle vielleicht irgendwie benutzen wollen, um von sich reden zu machen. Nein, es sind nicht die überspannten Berufsvertretungen. Es sind die Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Viele von uns waren in den Schutzbereichen und in den Wachen und haben wahrnehmen können, dass sie unzufrieden sind.

Sie argumentieren mit folgenden Argumenten, die wir entkräften müssen: Es ist ein gewisser Frust darüber entstanden, dass es mittlerweile ca. 80 Projekte gibt, die in der Regel im Innenministerium koordiniert werden. Ich will nur einige nennen, die zum Teil belächelt werden, zum Teil aber durchaus intelligent sind, wenn man sie erklärt. Das eine ist der sogenannte Tragschrauber, das andere der interaktive Funkwagen. Diese Projekte binden sehr viel Personal und sehr viel Geld. Man muss geschickter kommunizieren und erklären, wo die Vorteile sind, damit es bei den Leuten ankommt. Die Vorteile werden derzeit nicht gesehen. Auch wir hinterfragen sie.

(Beifall des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Es gibt einen weiteren Punkt, der sehr kritisiert wird. Eine Studie des Landes Nordrhein-Westfalen hat verglichen, wie viel höherer Dienst in den Polizeien der anderen Länder vorhanden ist. Bei uns sind mit allergrößtem Abstand im Vergleich mit den anderen Bundesländern 2,45 % der Bediensteten im höheren Dienst, die wiederum in Projektgruppen im Innenministerium angesiedelt sind. Das kann durchaus sinnvoll sein, aber man muss das erklären. Es gibt diese Kluft zwischen den Beamten im höheren

Dienst und im gehobenen Dienst, die im Wach- und Wechseldienst und in den Schutzbereichen ihre Arbeit machen, die sich ständig überfordert fühlen und sagen: Hier fehlt das Personal und dort ist der intelligente Wasserkopf. - Der kann durchaus sinnvoll sein, wenn man es richtig erklärt. Aber da klafft eine Lücke. Es besteht Bedarf, das zu erklären.

Deshalb noch einmal an alle Kollegen hier meine Bitte: Gehen Sie in Ihre Schutzbereiche! Schauen Sie sich die Situation der Polizei in Brandenburg an! Ich glaube, da besteht Beratungsbedarf. An der einen oder anderen Stelle lässt sich sicherlich noch etwas korrigieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Kollegen nicht übertreiben, sondern dass wir verpflichtet sind, ihnen zuzuhören und Veränderungen herbeizuführen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der Fraktion DIE LINKE)

...

### **Präsident Fritsch:**

Herr Abgeordneter Petke spricht für die CDU-Fraktion.

### **Petke (CDU): \***

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf eingangs auf eine Aussage des Kollegen Scharfenberg eingehen, die da lautete: Wir mussten - mussten! - uns mehrfach mit der Situation der Polizei beschäftigen. Das ist natürlich falsch. Wir haben uns hier in den vergangenen zwei Legislaturperioden mehrfach mit der Polizei beschäftigt, und das aus gutem Grund. Ich hätte mir gewünscht, dass die Kollegin Stark auch einmal auf die Situation eingegangen wäre, wie sie 1999 in der Polizei vorgefunden worden ist, was die Personalstärke, die Aufklärungsquote und anderes betrifft. Wir haben uns deswegen damit auseinandergesetzt, weil wir in der Landesregierung gemeinsam vereinbart haben, dass die Polizei des Landes ihren Beitrag zur notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts zu erbringen hat.

Wir haben uns im Landtag mehrfach mit der Polizei beschäftigt, weil wir Dinge wie die Videoüberwachung und andere Veränderungen in das Polizeigesetz aufgenommen haben, die letztlich auch dazu geführt haben, dass sich die Situation in Brandenburg zum Positiven entwickelt hat.

Kollege Dr. Scharfenberg, Sie sind in der Zeit, in der ich dem Parlament angehöre, der dritte innenpolitische Sprecher. Zwischen diesen gab es durchaus Unterschiede. Aber in einem gab es immer eine Kontinuität, egal wie sich die Fraktion, der Sie angehören, gerade genannt hat. Sie haben all das, was wir im Bereich der Polizei auf den Weg gebracht haben - ob es die Polizeistrukturenreform gewesen ist oder ob es die notwendigen und berechtigten Veränderungen im Bereich des Polizeigesetzes gewesen sind - abgelehnt, und zwar in Bausch und Bogen. Als Sie hier gesprochen haben, hätte genauso der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Andreas Schuster, sprechen können. Es gibt für mich einen Unterschied zwischen dem, was ein Gewerkschaftsfunktionär, der Chef einer Gewerkschaft in Brandenburg, und dem, was ein Oppositionspolitiker, der ab September oder Oktober in Brandenburg Verantwortung tragen will, im Wahljahr sagt und wie er es vorträgt.

Was ich bei meinen Vorrednern vermisst habe, ist das Eingehen auf die wirkliche Situation im Land. Wir können glücklicherweise feststellen, dass die Anzahl der Straftaten in Brandenburg in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist so: Wenn die Anzahl der Straftaten sinkt, sinkt auch die Anzahl der Opfer von Straftaten. Das haben wir insbesondere der Arbeit der Beamtinnen und Beamten bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft und in den Gerichten zu verdanken. Dieser Fakt ist nicht genannt worden. Deshalb möchte ich es an dieser Stelle ausdrücklich tun. Mich ärgert es - mich ärgert nicht vieles -, wenn im Antrag der Linken dann steht, dass im Bereich der politischen Kriminalität eine anhaltend hohe Zahl von Straftaten festgestellt werden müsse.

Meine Damen und Herren! Wir haben in Brandenburg in den letzten zehn Jahren durch die Zusammenarbeit in vielerlei Bereichen - nicht nur hier im Landtag und mit der Landesregierung, sondern weit darüber hinaus - einen deutlichen Rückgang der politisch motivierten Gewalt, gerade was den rechtsextremen Bereich betrifft, zu verzeichnen. Darauf können wir stolz sein. Wenn dann eine Fraktion im Landtag daherkommt und dies pauschal in Abrede stellt, ärgert es mich, weil das offensichtlich gegen ihre eigene Wahrnehmung, gegen das eigene Wissen geschieht.

Warum ist das gerade jetzt, fünf Monate vor der Landtagswahl, so? Mich wundert es nicht, wenn die Gewerkschaft der Polizei, wenn andere Gewerkschaften jetzt, fünf Monate vor der Landtagswahl, dies thematisieren.

**Präsident Fritsch:**

Herr Petke, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Petke (CDU):**

Bitte, Kollege Bernig.

**Dr. Bernig (DIE LINKE): \***

Herr Petke, Sie haben richtig zitiert, dass im Antrag von einem anhaltenden Anstieg politisch motivierter Straftaten die Rede ist. Würden Sie mir zustimmen, dass das Ansteigen von 900 Straftaten im Jahre 2000 auf 1 600 Straftaten im vorigen Jahr als Anstieg zu bezeichnen ist?

**Petke (CDU): \***

Kollege Dr. Bernig, Sie zitieren Ihren eigenen Antrag falsch. Darin heißt es:

„Auch bei der politisch motivierten Kriminalität muss eine anhaltend hohe Zahl von Straftaten festgestellt werden.“

Es ist natürlich eine Frage der Bewertung, ob diese Zahl hoch ist. Mir ist sie zu hoch, und ich glaube, eine deutliche Mehrheit im Land sieht es genauso, dass diese Zahl zu hoch ist.

Aber es geht doch um etwas ganz anderes. In den letzten zehn Jahren haben wir erreicht, dass dieser Bereich, der dem Land in der Außenwirkung, aber auch nach innen solche Schwierigkeiten bereitet hat, deutlich zurückgegangen ist. Es ist nicht der einzige Bereich. Die Zahl der Straftaten an sich ist gesunken, die Aufklärungsquote ist gestiegen. Die Polizei ist reformiert worden, sie ist ganz anders ausgestattet worden.

All diese positiven Dinge sollen aus wahlkampfaktischen Erwägungen weggewischt werden. Vor allen Dingen soll auch Ihr Versagen als Oppositionspartei, die uns nie die Zustimmung erteilt hat, die Polizeistrukturenreform durchzuführen, die uns nie die Zustimmung erteilt hat, das Polizeigesetz auf die Höhe der Realität zu bringen, weggewischt werden. Das alles wollen Sie vergessen machen. Sie machen puren Wahlkampf, und deshalb halten Sie hier nicht die Reden eines verantwortlichen Oppositionspolitikers, sondern schreiben einfach die Reden von Herrn Schuster ab.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Es ist alles relativ!)

- Das Leben ist relativ, Herr Kollege Dr. Scharfenberg.  
Ich bin, was bestimmte Punkte, die hier genannt sind, angeht, durchaus der Meinung, dass das Ministerium Antworten geben wird. Wir werden speziell den hohen Krankenstand hinterfragen. Es kann niemanden kalt lassen, wenn der Krankenstand bei 30 Tagen im Kalenderjahr liegt. Dazu wird es auch die entsprechenden Antworten geben.

Wir werden auch über die Beförderungssituation reden. Aber eines muss klar sein: Das alles kann nur im Kontext der gegenwärtigen Haushaltslage geschehen. Wenn man die heu-tigen Meldungen liest, welche wirtschaftliche Situation in Deutschland und auch in Brandenburg infolge der Steuerausfälle eintreten wird,

(Glocke des Präsidenten)

dann erkennt man, dass wir keine großen Sprünge machen können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Fritsch:**

Das Schlusswort hält der Innenminister für die Landesregierung.

**Minister des Innern Schönbohm:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gedacht, die Linkspartei zieht ihren Antrag zurück. Laut der heutigen Presseerklärung von Herrn Ness sind Sie nicht regierungsfähig, weil Sie mehr wünschen, als wir können.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Sie sollen nicht so aggressiv sein.

(Beifall bei der CDU)

Das nur einmal vorab.

Dann möchte ich sagen: Die GdP ist weitsichtiger als Sie. Sie hat das Kompetenzteam in Brandenburg genannt, den Ministerpräsidenten, den Finanzminister und den Innenminister, und hat gesagt, die seien alle schuld daran. Das heißt, Ihr Antrag zielt nicht auf Schönbohm, denn er scheidet ja nächstes Jahr aus, wie Sie wissen. Also, ist es ein verhüllter Angriff auf die Landesregierung. Da möchte ich sagen: Wir reden über

gesamtstaatliches Handeln.

Ein Abgeordneter von Ihrer Fraktion, der etwas von Haushalt versteht, hat hier gesagt: Wir wollen auch sparen. - Auf die Frage: Wo wollen Sie denn sparen?, antwortete er: Das kommt noch. - Heute ist wieder ein solcher Sparbeitrag. Was kostet das eigentlich, was Sie wollen? Woher wollen Sie das Geld nehmen? - Von den vermehrten Steuereinnahmen?

Sie müssen doch Politik im Gesamtzusammenhang machen. Das Wesentliche ist: Wir haben als Parlamentarier eine gesamtstaatliche Verantwortung gegenüber den Wählern. Ich könnte mich jetzt hinstellen und sagen: Unglaublich prima Antrag! - Nein, es ist kein guter Antrag, weil er nicht die Verantwortung wahrnimmt, die in der Politik wahrzunehmen ist.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Darum will ich Ihnen dazu doch einige Punkte sagen. Sie sagen, die Kollegen bei der Polizei seien unzufrieden. - Herr Ministerpräsident Platzeck sagt immer: Wenn der Brandenburger sagt „kannste nicht meckern“, ist er zufrieden. - Können Sie sich eigentlich vorstellen, dass man mit unzufriedenen Menschen sprechen und ihnen erklären will, warum die Lage so ist? Ich habe das sehr, sehr viel gemacht. Bei mir braucht keiner einen Dialog anzufordern. Ich habe das per Internet und in sehr vielen persönlichen Gesprächen gemacht. Auch die Diskutanten hier unten haben zum Teil die Fakten nicht gekannt, sondern geglaubt, was an Falschinformationen vorlag, was zu Missverständnissen führte.

Sind Sie eigentlich gewillt? Nein, Sie sind nicht gewillt. Sie wollen das gern nutzen und sich die Händchen daran wärmen. Das wollen wir nicht zulassen, und darum wollen wir informieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben verdammt viele Projektgruppen. Eine Projektgruppe befasst sich - ein unglaublicher Vorgang - mit der Modernisierung der Funkstreifenwagen, die jetzt zum Abschluss gekommen ist. Fragen Sie mal die Kollegen, nachdem sie das Fahrzeug nun haben. Die einen sagen, sie seien nicht beteiligt worden. Also, beteiligen wir sie. Die anderen sagen, es sei der falsche Fahrzeugtyp ausgewählt worden. Also, nehmen wir mehrere Fahrzeugtypen und probieren diese aus. Jetzt sind wir fertig, und demnächst werden 300 dieser modernen Funkstreifenwagen eingeführt. Ich schlage vor: Sprechen Sie mit den Kollegen, die die Fahrzeuge fahren. Dann werden die sagen: Prima, wir haben ein Navigationsgerät, die Einsatz-zentrale weiß, wo wir sind, wir können schnell zu den Einsätzen kommen, all das können wir. - War das nicht eine „verfluchte“ Projektgruppe, die das gemacht hat?

Ja, wir wollen die Polizei modernisieren. Jetzt wird ein Gyrokopter in den Mittelpunkt gestellt. Wir prüfen das. Wir prüfen alles, was die Arbeit der Polizei effektiver gestaltet. Wer uns daran hindern will, muss das sagen. Mich kann man daran nicht hindern, und ich hoffe, jeden anderen auch nicht.

Wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt und wollen dort auch herangehen. Ich erinnere mich an den Besuch einer ersten Polizeiwache in Bernau, aus der ich vor zehn Jahren herausgeflogen bin. Kollege Ziel, können Sie sich erinnern? Wenn ich heute in diese Polizeiwache komme, sehe ich, was sich dort verändert hat. Ich habe ein optisches Gedächtnis. Gehen Sie dort hinein und schauen Sie, was sich dort alles verändert hat!

Frau Ziegler, wir haben uns damals auch oft darüber gestritten, was wir alles für die Polizei tun müssen. Es gab immer interessante, gruppensdynamische Prozesse, aber das Ergebnis konnten wir gemeinsam vertreten. Es ging immer um das Augenmaß.

Allein, wenn ich daran denke, was wir in die Polizei alles investiert haben, und zwar in Liegenschaften - Kollege Speer, wie oft sind wir bei Grundsteinlegungen, Richtfesten und Ähnlichem gewesen -, dann muss ich sagen: Das haben Sie offensichtlich alles vergessen.

(Frau Tack [DIE LINKE]: Das haben wir nicht vergessen!)

Das hat auch ein Teil der Kollegen vergessen, weil die meinen: Es war selbstverständlich, es wurde höchste Zeit, dass dort etwas geschieht. - Ja, höchste Zeit war es, einige Dinge abzuräumen, die wir übernommen haben. Das ist richtig.

Die Ausgangslage bei der Polizei war eine hohe Polizeistärke. Alle Finanzminister - Simon, Ziegler, Speer - sagten: Zu viel! Kollege Ziel hat - wie auch ich - gesagt: Ja, wir müssen abbauen.

Wir reden über Demonstrationen und über solche irreführenden Anträge der Opposition. - Ich sehe, die Lampe blinkt schon wieder, aber ich muss etwas überziehen. - Wir haben 725 Stellen abgebaut, haben vier Präsidien aufgelöst. Wer war denn dafür, sie aufzulösen? Sie nicht! Sie haben gesagt, wir wollten sparen. Wer war dafür, das zu machen? Sie nicht. Sie wollten § 1 der mecklenburgischen Landordnung: Alles bleibt beim Alten. - Das bleibt es nicht, das geht gar nicht. Wir haben eine moderne Entwicklung, wir haben Technik, und haben das, was wir nicht für notwendig erachteten, beendet.

Deshalb möchte ich Ihnen noch etwas zu den Zahlen sagen. Die Prozentzahl haben Sie genannt. Von 2000 bis 2008 ist die absolute Zahl der Revierpolizisten von 527 auf 550 erhöht worden. Vor drei Jahren hatten wir im oberen Drittel 582, demgegenüber ist die Zahl der Revierpolizisten reduziert worden.

Der Rückgang der Straftaten ist erheblich. Zur Polizeidichte: Zurzeit haben wir einen Polizeibeamten pro 266 Einwohner. Wenn alle Abbaumaßnahmen vollzogen sind, die wir bis jetzt vorgesehen haben - die Wachen können Sie alle später auflösen, ich löse keine mehr auf; das nur nebenbei, weil immer wieder das Gerücht gestreut wird -, wird ein Polizeibeamter noch für 297 Bürger zuständig sein. Im reichen Bundesland Bayern ist ein Polizeibeamter für 343 Bürger, in Baden-Württemberg für 368 und in Nordrhein-Westfalen, dem Musterland für uns, für 389 Bürger zuständig. - Sie wollen doch vergleichen: Noch leben wir von viel Geld, das wir von anderen Bundesländern bekommen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Ich will nur die Zahlen nennen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

- Hören Sie doch auf. Machen Sie doch keine Spiegelgefechte. Die Zahlen sind in der IMK abgestimmt und vergleichbar, und wir wollen sie vergleichen.

Jetzt gehen Sie nach Baden-Württemberg und sagen: Wir brauchen von euch mehr Geld,

weil wir mehr Polizisten haben. - Dann stellt sich die Frage: Wieso? Soll ich dann sagen, dass unsere Polizisten unfähiger sind? Nein, unsere Polizisten sind genauso fähig wie die in den anderen Bundesländern. Darum müssen wir sie auch fordern.

Jetzt zum Krankenmanagement, ein Thema, das mich sehr beschäftigt. Als ich hier angefangen habe, habe ich gesagt, dass sie mehr Sport machen sollen. Können Sie sich daran erinnern, wie Sie und andere reagiert haben, als ich gesagt habe, wir müssten darauf achten, dass wir ein Gesundheitsmanagement haben? Jetzt haben wir es. Der Krankenstand ist sehr hoch. Wenn man ihn mit anderen Bundesländern vergleicht, stellt man fest, dass der Krankenstand im Westen niedriger und im Osten höher ist. Warum das so ist, weiß ich nicht. Darüber möchte ich auch nicht spekulieren. Es ist einfach so. Das Gesundheitsmanagement machen wir und haben es auch schon lange, bevor es öffentlich diskutiert wurde, gemacht, weil wir erkannt haben, dass wir in diesem Bereich ein Problem haben.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Beförderung sagen. Ist der Kollege Vietze da? - Dann können Sie ihm bitte Folgendes ausrichten: Der Kollege Vietze hat am 26. November 2003 eine Anfrage gestellt und nicht etwa gefragt, warum wir nicht befördern, sondern warum wir überhaupt befördern. Er wollte wissen, womit zum Beispiel im Einzelnen 272 Beförderungen im Innenministerium, darunter alleine 28 im höheren Dienst, zu begründen sind. Außerdem fragte er, ob die Landesregierung die Auffassung teile, dass die Sparbemühungen durch Beförderungen konterkariert werden.

Des Weiteren gab es eine Haushaltsausschusssitzung unter dem Vorsitz von Frau Osten. Auch dort wurde ich gefragt, wie ich dazu käme, überhaupt zu befördern, und bin von Ihnen allen niedergemacht worden. Ich habe - da ich ein Schnäppchenminister mit 25 % Gehalt bin - geantwortet, dass ich 75 % des Gehaltes, das im Haushalt eingestellt ist, für die Beförderung zur Verfügung stelle. Das ist doch prima, oder nicht? Sie haben jedoch beantragt, nur das tatsächliche Einkommen von mir in den Haushalt einzustellen. Ich habe Ihnen geantwortet: Das finde ich großartig, geben Sie mir eine Beschäftigungsgarantie. - Sie haben es aber nicht gemacht.

Das haben wir doch alles gehabt. Was mich ärgert, ist die Tatsache, dass Sie erst dachten, es sei praktisch, den Innenminister dafür anzugreifen, dass er für Beförderung kämpft - wir haben in vier Jahren 1 800 Beförderungen vorgenommen -, und jetzt sagen: Das sind viel zu wenig. - Politik ist mehr als tagesaktuelle Windmacherei, das will ich Ihnen einmal sagen. Wenn Sie Verantwortung für solche Dinge haben, dann müssen Sie das auch tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD sowie Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

- Ich stehe zu dem, was ich sage, und ich erkläre es auch. Ich sage, auch wenn sich die Lage geändert hat: Ich habe im Gegensatz zu Ihnen die Wirtschaftslage und die Minderung der Steuereinnahmen nicht vorhergesehen. Aber es kann ja sein, dass Sie es gewusst haben, weil Sie Erfahrungen mit dem Staatssozialismus haben.

Nun kurz zum Vergleich der Jahresbezüge. Da beginnt die Phase der Infamie. Wie bekannt ist, arbeiten die Polizeibeamten in Brandenburg 40 Wochenstunden, die in anderen Ländern 42 Wochenstunden. Sie arbeiten also 5 % weniger. Der Finanzminister hat mit seinen vortrefflichen Mitarbeitern die Zahlen verglichen und festgestellt: Wenn wir die 40-Stunden-Woche zugrunde legen und Brandenburg mit den anderen vergleichen,

nachdem wir deren Zahlen auf 40 Stunden heruntergerechnet haben, dann liegen wir in der Mitte. Rechnet man es andersherum für alle auf 42 Stunden pro Woche hoch ...

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Dann sind wir bestimmt Spitzenreiter!)

- Nein, dann sind wir nicht Spitzenreiter. Wir sind nirgendwo Spitze, und wenn wir das machen, was Sie wollen, werden wir auch nie Spitze. Aber wir sind auf dem Weg dahin. - Wenn wir uns dann die Länder anschauen, die hinter uns liegen, stellen wir fest, dass das Länder sind, von denen wir Geld bekommen. Darum schlage ich vor, bei dieser Frage mit etwas mehr Augenmaß zu arbeiten.

Herr Präsident, ich fasse zusammen: Man kann es drehen und wenden, wie man will.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

- Ich weiß, Sie sind stellvertretender Vorsitzender bei der GdP. Ihre Gewerkschaft hat hier demonstriert. Das ist auch ihr gutes Recht. Dafür sind Sie alle auf die Straße gegangen, und ich habe einen kalten Krieg geführt, damit das möglich ist. Darin sind wir uns alle einig. Aber wenn Sie Ihr Recht wahrnehmen, heißt das nicht gleich, dass wir sagen: Jawohl, das wollen wir machen. - Denn damit würden wir andere bestrafen. Wir müssen in der Politik bei allen Dingen Gerechtigkeit walten lassen. Das müssen Sie noch lernen, und da haben Sie noch einen weiten Weg zu gehen. Darum bitte ich, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Fritsch:**

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 4/7564, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.